



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/282 - 9.12.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Erste Folgen der Saarwahlen	S. 1
Zur Lage in Tunesien	S. 3
Die katholische Kirche und die Gewerkschaften	S. 5
DP - Konkurse	S. 6

## Europäisierung der Saar - weniger denn je !

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Es ist nicht erstaunlich, daß die westliche Presse - mit einigen rühmlichen Ausnahmen - und daß die westlichen Regierungen die Unfreiheit und daher Unmaßgeblichkeit der Saarwahlen vom 30. November großzügig übersahen. Ihre demokratische Anspruchlosigkeit an der Saar ist die Konsequenz ihrer Komplizität in der Abtrennung der Saar von Deutschland durch die französische Besatzungsmacht. Sie werden sich jederzeit mit dem Schein einer demokratischen Legitimation zufrieden geben. Sie empfinden es nicht als Widerspruch, für die Sowjetzone Pressefreiheit, Zulassung aller Parteien und freie Wahlen zu verlangen, die Mundtotmachung der deutschen Opposition an der Saar aber als natürlich hinzunehmen. Wenn es der mundtot gemachten Opposition im ersten Anlauf nicht gelingt, die Mehrheit der Wähler für eine negative Protestaktion zu gewinnen, dann sehen sie darin den Beweis, daß die Bevölkerung gegen Deutschland und für die Politik der separatistischen Parteien entschieden habe. Da diese in letzter Zeit ihre französische Politik in europäischer Phraseologie haben feilbieten müssen, sehen sie weiter in der Wahl eine Abstimmung zugunsten der sogenannten Europäisierung des Saargebietes.

### Saar und Sowjetzone

Wenn sich diese Bewertung des 30. November, an dem trotz der separatistischen Propagandacampagne von amerikanischen Ausmaßen jeder dritte Saarländer eine Proteststimme gegen das separatistische Regime abgab, auch in Teilen der deutschen Presse breit macht und vielleicht sogar die Gefahr besteht, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik jetzt die Anerkennung der Abtrennung des Saargebietes mit der Europaformel betreibt, so kann man nur erschrecken. Wie stellt man sich die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Bezug auf die sowjetische Besatzungszone vor, wenn man so weiche Knochen beweist ?

Wenn in der SBZ kurzfristig Wahlen mit der gleichen Mischung von Freiheit und Unterdrückung wie an der Saar abgehalten würden, weiß man da, wieviel Stimmen die SED dann dank ihrer massiven, siebenjährigen und monopolisierten Propaganda erhalten würde? Und würde man ein solches Ergebnis als Maßstab für den freien Willen der Bevölkerung anerkennen? Muß nicht unsingeschränkte Parteien-, Presse- und Versammlungsfreiheit vorhergehen? Und wie stellt man sich den Kampf um die Oder-Neiße-Linie vor, wenn man geneigt ist, solche Landtagswahlen an der Saar, unter solchen Umständen, als eine Art anzuerkennenden Plebiszits über die zukünftige Stellung der Saar anzusehen?

#### Die Verantwortung der Bundesrepublik

Jenseits der Oder-Neiße hat man die Deutschen nicht dem stetig höhlenden Tropfen der vom Sieger gelenkten und von Separatisten aufgegriffenen Propaganda unterworfen; man hat sie vertrieben. Der deutsche Anspruch auf die Ostgebiete kann nicht mit dem Selbstbestimmungsrecht der jetzt ansässigen Bevölkerung vertreten werden. Der deutsche Anspruch auf die Grenzen von 1937 ist ein Rechtsanspruch; der Wille der Bevölkerung ist subsidiär, aber wo immer Deutsche noch leben und ihr Wille nach guten demokratischen Grundsätzen erforscht werden kann, werden wir nie ihr Votum zu fürchten haben. Die politische Konsequenz aus dem Wahlergebnis vom 30. November kann nur sein, daß die Bundesrepublik mehr denn je die volle Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten an der Saar fordert.

#### Die Gefahr der Kapitulation

Für den deutschen Kampf um die Einheit im Westen gibt es nur eine ernste Gefahr: Die Kapitulation. In Paris, aber auch in anderen westlichen Hauptstädten wird sie uns in der beschönigenden Form der Anerkennung der Europäisierung des Saargebiets jetzt mit erhöhtem Nachdruck nahegelegt. Der Polizeistaat soll den europäischen Ehrentitel erhalten und den guten Namen Europa weiter in den Schmutz ziehen. In diesem "europäischen Land" wurde jetzt, wenige Tage nach der Wahl, wieder die Polizei gegen die ordnungsgemäß zu einer Generalversammlung zusammentretenden Delegierten der Bergarbeitergewerkschaft eingesetzt, um eine Vertrauenskundgebung für Paul Kutsch zu verhindern, der einer schmutzigen Separatistenintriage zum Opfer gefallen ist.

Die SPD hat schon oft ihre Stellung zu den Europäisierungsplänen dargelegt. Die Europäisierung spielt im Westen die gleiche Rolle, die der Begriff "Friedenslinie" im Osten spielt. Wer die rechtlose Abtrennung des Saargebietes in dieser oder einer andern Form anerkennt, wird von der SPD mit der gleichen Heftigkeit der Unterwürfigkeit unter Besatzungsmächte und des Verrates an Deutschland bezichtigt werden, wie die kommunistische SED wegen ihrer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Das sollen vor allem diejenigen bedenken, die vielleicht durch die neue Drohung Außenminister Schumans, die Westverträge könnten in Paris ohne vorherige Europäisierung des Saargebietes scheitern, geneigt sind, die Saar auf dem Altar ihrer Integrationspolitik zu opfern.

Wir warnen! Die Europaidee wird durch Montan-Union und Wiederaufrüstung in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft schon mehr als genug strapaziert. Ihr Mißbrauch für die antidemokratische und chauvinistische französische Politik an der Saar würde ihr den Todesstoß versetzen.

Die "Rote Hand" oder der Terror in Tunesien

Von unserem Pariser G.St.-Korrespondenten

Seitdem die französische Regierung die Führer der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung des "Neo-Destur" verhaftete und nach Süd-tunesien deportierte, vergeht kein Tag, ohne daß Attentate aus Tunesien gemeldet werden. Immer wieder taucht in der Pariser Presse die Meldung auf, daß tunesische "Terroristen" die Wohnung oder Villa eines französischen Würdenträgers überfallen, in Brand gesteckt oder mit einer Handgranate angegriffen haben.

Seit etwa sechs Monaten sind in Tunesien über 100 Menschenopfer zu beklagen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß radikale Elemente des Neo-Destur die Lage für verzweifelt und die Verhandlungsmöglichkeiten mit Frankreich für umso geringer halten, als die französische Regierung entschlossen ist, keine der von der tunesischen, nationalistischen Bewegung gestellten Forderungen zu erfüllen.

Mehr noch: Von französischer Seite ist man in den letzten Wochen zum Gegenterror übergegangen. Nicht offiziell, aber sehr "offiziös" haben die französischen Siedler in Tunesien, die sich un-nachgiebiger zeigen als die französische Regierung, eine Organisation gegründet, die in Frankreich unter dem Rächernamen "Rote Hand" bekanntgeworden ist. Dieser Organisation gehören die aktivsten Mitglieder der französischen Kolonie an, insbesondere jene, die der Auffassung sind, daß man mit dem Bey von Tunis nicht verhandeln könne und daß es gelte, gegen ihn die gleiche Maßnahme zu treffen, wie gegen seinen Vorgänger: Nämlich ihn mit Gewalt abzusetzen.

Seit der Gründung der "Roten Hand" haben die Kommuniqués aus Tunis einen anderen Charakter angenommen: Es käufen sich die Nachrichten über Attentate gegen Führer des Neo-Destur. Das letzte Opfer war der tunesische Gewerkschaftsführer Hached. Die Namen der Täter werden nie angegeben, weil ja auch - aus verständlichen Gründen - keine Verhaftung erfolgt. Zahlreiche Anzeichen weisen darauf hin, daß die französische Regierung und die französischen Behörden

in Tunesien nicht gewillt erscheinen, offiziell gegen den französischen Gegenterror in Tunesien Stellung zu nehmen. Angesichts der verfahrenen Lage in Tunesien scheint man auf französischer Seite zu der Einsicht gekommen zu sein, daß in Tunesien nur noch eine Gewaltlösung "Ordnung" schaffen könne.

In unterrichteten Pariser Kreisen wird es für möglich gehalten, daß nach der Tunesiendebatte in der UNO die Absetzung des Bey erfolgen wird. Vorbereitet wird diese Absetzung durch die Tätigkeit der "Roten Hand", einer Organisation, die über alle Möglichkeiten verfügt, um in Tunesien den "Zwischenfall" zu schaffen, der offizielle Maßnahmen gegen die tunesische Unabhängigkeitsbewegung ermöglicht. Im übrigen brennen der französische Generalresident, de Hautcloque, und der Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Tunesien, General Garbay, darauf, den Tunesiern die Faust zu zeigen.

Noch vor drei Monaten wandte sich der Quai d'Orsay gegen eine Gewaltpolitik in Tunesien. Nun scheinen die Anhänger dieser Politik auch im französischen Außenministerium die Oberhand zu gewinnen.

+ + +

#### Renten für ehemalige Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse

(sp) Ehemalige Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse mit der ihr angeschlossenen Unterstützungsvereinigung erhalten in Nordrhein-Westfalen eine Rente. Der Bezug der Rente erstreckt sich auch auf die versorgungsberechtigten Angehörigen. Der Anspruch ergibt sich aus dem Gesetz über die Wiedergutmachung von Schäden aus Anlaß der Auflösung von Versorgungskassen aus politischen Gründen vom 4. März 1952. In der Rechtsverordnung vom 4. April 1952 zu diesem Gesetz ist festgelegt worden, daß der Verein Arbeiterpresse mit angeschlossener Unterstützungsvereinigung zu den im Sinne des Gesetzes aufgelösten Einrichtungen gehört.

Wie wir erfahren, beabsichtigt der Deutsche Journalisten-Verband die Einbringung ähnlicher gesetzlicher Bestimmungen in allen anderen Ländern der Bundesrepublik zu veranlassen. Die Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse setzen sich hauptsächlich aus den Redakteuren sozialdemokratischer Zeitungen zusammen. Als Vorbereitung für die Schaffung der erwähnten gesetzlichen Bestimmungen dürfte es wichtig sein, einen Überblick über den infrage kommenden Personenkreis zu erhalten. Wir bitten, Mitteilungen dieser Art an:

Friedrich Schmidt,  
Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Bezirk Ost-Westfalen-Lippe, Bezirkssekretariat,  
B i e l e f e l d ,  
Arndtstr. 6

zu richten.

+ + +

Eine Demarche deutscher Bischöfe

Von Maria Meyer-Sevenich, MdL in Niedersachsen

In die seit einiger Zeit vor allem von der KAB (Katholische Arbeiterbewegung) systematisch betriebenen Spaltungsversuche der deutschen Einheitsgewerkschaft haben sich die deutschen Bischöfe nun auch offiziell eingeschaltet. Wie Kardinal Frings bekanntgab, sei die deutsche Einheitsgewerkschaft ein Diktat der Besatzungsmacht gewesen. Das sei am 16.8.1945 den Erzbischöfen Jäger und Berning von dem Chef der Britischen Kontrollkommission, General Templer, offiziell mitgeteilt worden. Die genannten Bischöfe hatten den General aufgesucht, um die Neugründung der ehemaligen christlichen Gewerkschaften zu beantragen, d.h. praktisch deren einstiges Vermögen freizubekommen.

Unterstellen wir den geschilderten Tatbestand als richtig, so ergeben sich zwei Möglichkeiten: A: Die Bischöfe teilten dieses negative Ergebnis ihrer Demarche den christlichen Gewerkschaftsführern mit; B: Sie betrachteten es als "Geheime Kommandosache" und behielten es für sich.

Nehmen wir die Möglichkeit A an, so ergeben sich wiederum drei Möglichkeiten:

a) Die Bischöfe unterrichteten die christlichen Gewerkschaftler und CDU-Führer Storch, Appold, Albers, Adenauer, Strunk, Ernst, Even, Sabel usw. Diese traten des "Diktats" wegen unter dem "geheimen Vorbehalt" in die Einheitsgewerkschaft ein, diese zu zerschlagen, sobald das Diktat falle, so zu handeln, ohne loyal die "freien Gewerkschaftler" von dieser Sachlage zu unterrichten, wäre allerdings die schwerste denkbare Sünde gegen Neutralität und Toleranz, ja gegen alle Grundbegriffe der politischen Anständigkeit und Sauberkeit.

b) Die christlichen Arbeitervertreter waren, wie sie das damals alle zum Ausdruck brachten, von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Einheitsgewerkschaft zutiefst überzeugt. Dann waren sie mit den Bischöfen nicht einer Meinung, billigten deren Vorgehen

nicht, sondern wünschten die Einheit der Gewerkschaften. Dann aber kann von einem Diktat der Besatzungsmächte doch wohl nicht die Rede sein.

e). Bischöfe und christliche Arbeitervertreter stimmten in dem Willen zur Neugründung christlicher Gewerkschaften überein. Dann hätten sie sich anständigerweise dem alliierten Befehl nicht beugen dürfen, sondern die Gläubigen aufrufen müssen, die Stunde der Freiheit abzuwarten.

Im Falle B entsteht die Frage: Wenn nur die beiden Bischöfe zur Besatzungsmacht gingen, wer hatte sie dann legitimiert? Die christlichen Gewerkschaften waren unseres Wissens nie eine katholische Kirchenorganisation; ihr Vermögen war zu keiner Zeit Kirchengut.

Kann man, wenn zwischen der Besatzungsmacht und den dafür verantwortlichen Kreisen des deutschen Volkes in der Frage der Einheitsgewerkschaft Übereinstimmung bestand, von einem Diktat sprechen, weil zwei katholische Bischöfe, sich um Dinge kümmernd, die sie nichts angingen, abschlägig beschieden wurden? Das sind Fragen, die sich der unbefangene Beobachter stellt. Auf die Antwort sind wir gespannt.

+ + +

#### DP - Konkurse

F.B. Über das Vermögen des Landesverbandes Berlin der Deutschen Partei ist am Wochenende das Konkursverfahren eröffnet worden. Diese kleine Nachricht, die das "Amtsblatt für Berlin" enthält, hat jedoch höchstens Anspruch darauf, in die Spalte "Die kuriose weite Welt" aufgenommen zu werden, denn die DP in Berlin hat nie mehr als den politischen Clown der Viersektorenstadt abgegeben.

Politisch weit bedenklicher ist das geistige Konkursverfahren, das gleichfalls am Wochenende auf dem zweiten Landesparteitag der DP in Hessen, in Bad Hersfeld, eröffnet wurde. Politisch

bedenklich darum, weil diese Prozedur damit endete, daß neue Firmenträger die Liquidationsmasse übernommen haben und jetzt offiziell unter dem DP-Namen NS-Waren verkaufen werden.

Diese Firmenübernahme ist zunächst einmal eindeutig an den Vorstandswahlen ersichtlich. Rauschebart Dr. Leuchtgens hat auf seine Wiederwahl zum ersten Vorsitzenden verzichtet, um den neuen Firmenträgern Platz zu machen. Diese sind der ehemalige Oberbürgermeister von Offenbach während der NS-Zeit, Dr. Helmut Schranz und der ehemalige Reichsstudentenführer Dr. Albert Derichsweiler. Dr. Leuchtgens wurde dafür mit dem Posten des Ehrenvorsitzenden belohnt. Dr. Schranz hat auch sofort bekanntgegeben, wie er den Laden zu führen gedenkt. Es gelte, Menschen zu gewinnen, die fanatisch von der Richtigkeit der Idee überzeugt seien und es müsse mehr Gewicht auf Qualität als auf Masse gelegt werden.

Neben diesen Ausführungen, die doch eindeutig zeigen, daß der NS-Geist fröhliche Urständ feiert, sind die Reden von Bundesminister Heinrich Hellwege und Dr. Hans-Joachim von Meer Katz nur eine dürftige Staffage. Die Schranze und Derichsweiler werden Hellwege binnen Kürze schon zeigen, wohin der Weg führt, den Hellwege als "konservative Erneuerung" bezeichnete. Alle Verbeugungen vor den Unbelehrbaren, das Bekenntnis zu den Höhen und Tiefen der nationalen deutschen Geschichte und die Versicherung, daß die DP von jeher keine Diffamierung von makellosen Staatsbürgern gekannt habe, sind in Hessen fehl am Platze. In Hessen hat die alte DP-Garde das Spiel bereits verloren. Nicht mehr lange wird es dauern, dann wird die wendige und mit allen Wassern gewaschene alte NS-Prominenz auch in anderen Landesverbänden das schwerfällige welfische Element an die Wand gedrückt haben. Dann werden Hellwege alle seine Konzessionen und Verbeugungen nach rechts nichts mehr helfen. Für ihn bleibt dann nur noch wie für Dr. Leuchtgens der Posten eines Ehrenvorsitzenden übrig.

+ + +